№ 69
B 34
Abend-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 9. Februar 1924

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig
100 Milliarden

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 2600—2663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 2686—2690. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Aenderung des Reichswahlrechts.

399 statt 460 Abgeordnete.

Die vom Reichskabinett genehmigte Novelle zum Reichswahlgesetz ist heute dem Reichsrat vorgelegt worden und wird nach Zustimmung des Reichsrats demnächst beim Reichstag eingebracht werden.

Die Zahl der Reichstagsmitglieder wird auf 399 festgesetzt. Die 16 Wahlkreisverbände werden in Wahlkreise mit durchschnittlich 380 000 Einwohnern unterteilt. Insgesamt ergeben sich 156 Wahlkreise. Die Wahlkreiszahl 60 000 wird auf 75 000 erhöht. Jeder Kreiswahlvorschlag darf nicht mehr als zwei Bewerber benennen und muß ein Kennwort tragen. Innerhalb eines Verbandes gelten Wahlvorschläge mit dem gleichen Kennwort als untereinander verbunden. Verbundene Wahlvorschläge gelten den anderen Kreiswahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag. Ein und derselbe Wahlvorschlag kann innerhalb eines Verbandes in mehreren Wahlkreisen aufgestellt werden.

Damit wird ein elastisches Verfahren ermöglicht und den Bedürfnissen der Parteien nach ihren verschiedenen Stärkeverhältnissen in den einzelnen Wahlkreisen Rechnung getragen.

Jedem Wahlvorschlag und jeder Gruppe verbundener Wahlvorschläge werden so viel Abgeordnetensitze zugewiesen, daß je einer auf 75 000 für sie abgegebene Stimmen kommt. Die bei dieser Verteilung unberücksichtigt bleibenden Stimmen gelten als Reststimmen und werden dem Reichswahlvorschlag zur Verwertung überwiesen. Die auf eine Gruppe verbundener Wahlvorschläge entfallenden Abgeordnetensitze werden auf die einzelnen miteinander verbundenen Wahlvorschläge nach dem Höchstzahlensystem d'Hondt. Die einzelnen Wahlvorschläge werden also nach ihrem Wahlerfolg bei Besetzung der Abgeordnetensitze beteiligt.

Beim Ausscheiden eines Abgeordneten tritt als Ersatzmann der Bewerber des Wahlvorschlags mit der nächsten Höchstzahl ein. Die auf Reichswahlvorschläge überwiesenen Reststimmen werden zusammengezählt. Jeder Reichswahlvorschlag erhält auf je 75 000 Reststimmen ein Mandat.

Die neuen Wahlkreise sind etwa doppelt so groß wie die 397 Einzelwahlkreise des Reichstages der Kaiserzeit. Die 156 Kreise verteilen sich auf die Wahlkreisverbände folgendermaßen: Ostpreußen 6, Berlin 10, Prov. Brandenburg 7, Pommern-Mecklenburg 7, Schlesien 11, Prov. Sachsen-Thüringen 13, Schlesw.-Holst.—Hamburg 7, Niedersachsen 12, Westfalen 12, Hessen-Nassau—Freistaat Hessen 10, Rheinland Nord 9, Rheinland Süd 9, Bayern I 9, Bayern II 9, Freistaat Sachsen 12, Württemberg 7, Baden 6, insgesamt 156.

*

Bemerkenswert an dem Gesetzentwurf ist nur allein, daß Zahl der Reichstagsmandate und Wahlquotient beide fest sind, was auf den ersten Blick unvereinbar scheint. Der Quotient dient dazu, sofort festzustellen, wer im Kreis gewählt ist, anderseits soll die neue Zahl der Gesamtmandate, die wohl abstimmungstechnisch — eine ungerade, durch 3 teilbare Zahl — wie im Hinblick auf die Besetzung der Arbeitsausschüsse glücklich bemessen zu sein scheint, nicht verlassen werden. Da nun wohl nur in den seltensten Fällen der Quotient von 75 000 erreicht werden dürfte, so wird eine Korrektur der Mandatverteilung durch den Reichswahlvorschlag in der Regel notwendig sein. Sind mehr als 399 Abgeordnete gewählt — ein praktisch kaum eintretender Fall — so wird von der Reichswahlliste die entsprechende Zahl gelöscht, besteht ein Manko an der Zahl, so werden aus den Wahlkreisverbänden die „Höchststimmigen" zur Ergänzung herangezogen.

Grundsatz soll sein nicht mehr: „Der Nächste auf der Liste", sondern „Der Höchste an Stimmen".

Der Vorstoß gegen die Rentenmark.

Sachverständige und Zwischenträger.

Die Taktik verschiedener ausländischer Interessenten, um die Arbeit der Sachverständigen unsruchtbar zu machen, hat bei einem ersten Vorstoß vor einigen Tagen Mißerfolg gehabt. Es scheint aber, daß neue Bemühungen im Gange sind, die diesmal einen klar erkennbaren Nebenzweck verfolgen: die Schädigung der Rentenmark. In diesem Zusammenhang scheint von New York aus die Falschmeldung verbreitet worden zu sein, die hier in später Nachtstunde eingetroffen ist und wonach „infolge Gerüchten an der New-Yorker Börse" General Dawes den Vorsitz des ersten Sachverständigenkomitees niedergelegt habe. Das W. T. B. ist sofort auf telephonische Nachfrage vom Bruder des Generals, Herrn Robert Dawes ermächtigt worden, zu erklären, daß an diesem Gerücht kein wahres Wort ist.

Eine zweite etwas substantiertere Meldung findet sich in den „Times" vom 6. Februar, wonach, obwohl das Verhalten der deutschen offiziellen Welt und der Bankwelt, mit denen die Komitees zu tun haben, absolut korrekt und entgegenkommend sei, die Haltung der Schwerindustrie für die amerikanischen Vertreter einen „Chok" bedeutet habe. Die Schwerindustriellen seien dem Plan, den deutschen Finanzen auf die Beine zu helfen, entgegen und betrachteten die Untersuchung der Sachverständigen als eine „Unverschämtheit". Einige Vertreter der Industrie seien offenbar mit derselben Feindseligkeit erfüllt, die Stinnes in Spa 1921 gezeigt habe. Diese Beobachtung habe für die amerikanischen Vertreter eine Offenbarung bedeutet.

Heute melden die Vertreter verschiedener englischer Blätter aus Berlin, hier sei zurzeit wieder (?!) eine „ernste Krise der Rentenmark" ausgebrochen. Und schließlich beteiligt sich natürlich die amtliche polnische „Agencija Wschodnia" in Warschau an dem Treiben, indem sie eine Nachricht verbreitet, die die Ueberschrift trägt: „Deutsche Bankinstitute befunden in den letzten Tagen Mißtrauen gegen die Rentenmark."

Alle diese Meldungen haben keinerlei, wie immer geartete Unterlagen. Die Begründung, die aus der Tatsache der vermehrten Devisenanforderungen der letzten Tage gezogen wird, berührt die Rentenmark nicht im mindesten; denn wenn selbst dadurch eine Heraufsetzung der Devisenkurse bedingt wäre, würde es höchstens das Verhältnis zwischen Papier- und Rentenmark verschieben können. Diese Anforderungen gehen aber nach verlässlichen Kontrollfestsetzungen fast durchweg auf die Anforderungen der Leder- und Textil-Industrie zurück, die damit die erfreuliche Tatsache ihres Wiederauflebens dartun.

Im übrigen sind Erklärungen der zuständigen Stellen zu erwarten, die den böswilligen Gerüchten die Spitze abbrechen werden. Soweit die Sachverständigen dabei mit hineingezogen werden, werden die Andeutungen über angebliche Schwierigkeiten in ihrer Arbeit bereits durch nachstehende Meldung dementiert.

London, 9. Februar. (W. T. B.)

Angesichts der Rückkehr Mac Rennas nach London sind folgende, heute in der „Daily Mail" an hervorragender Stelle veröffentlichte Angaben von Interesse:

In der City hege man die Hoffnung, daß die beiden Reparationssachverständigenausschüsse ihre Berichte gegen Ende des Monats fertigstellen werden. **Unbegründet sei das Gerücht, daß dem Zweiten Ausschuß, der sich mit den deutschen Auslandsguthaben befaßt, Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden seien;** es bestehe im Gegenteil guter Grund zu der Annahme, daß er die Informationen erhielt und erhalte, die vernünftigerweise erwartet werden könnten. Im übrigen habe der Ausschuß nicht festzustellen, wo sich diese Guthaben befinden, noch, wer sie besitze; seine Aufgabe sei, ihren Umfang abzuschätzen, und er werde möglicherweise die Bedingungen bezeichnen, unter denen diese Guthaben nach Deutschland zurückgebracht und für Reparationszahlungen verfügbar gemacht werden könnten. Er werde zwar kaum in der Lage sein, dafür Mittel gesetzlichen Zwanges zu formulieren, aber es bestehe die Hoffnung, daß diese Guthaben durch andere Mittel verfügbar gemacht werden können.

Darüber hinaus haben die Sachverständigen des Mac-Renna-Ausschusses ihre Meinung dahin ausgedrückt, daß man die deutschen Auslandsguthaben nicht im Wege des Zwanges erfassen könne, sondern nur dann, wenn in Deutschland die Voraussetzungen die Ruhe und Ordnung und für die Sicherheit des Kapitals in Staat und Wirtschaft vorher geschaffen wird.

Orlandos Pariser Rolle.

Die kritischen Apriltage von 1919.

Der Vorstoß Lloyd Georges, der bestimmt war, die Verantwortung Wilsons für die Rheinlandbesetzung festzulegen, hat mit einem Rückzuge des früheren englischen Ministerpräsidenten geendet. Immerhin hat das Aufsehen, das seine Aeußerungen, mögen sie nun genau oder ungenau wiedergegeben worden sein, in der ganzen Welt erregten, gezeigt, daß man die Vorgänge auf der Friedenskonferenz, die sich in der kritischen Epoche des Aprils 1919 abspielten, in entscheidenden Punkten für ungeklärt hält.

Nun ist die „B. Z. am Mittag" in die Lage versetzt worden, einen bemerkenswerten Beitrag zu dieser internationalen Diskussion zu veröffentlichen. Die italienischen Vertreter — geführt von Orlando und Sonnino — reisten am 24. April demonstrativ ab, weil sie die italienischen Ansprüche auf Fiume nicht durchsetzen konnten.

Als ihr schärfster Gegner trat Wilson auf, der am 23. die Flucht in die Oeffentlichkeit angetreten hatte. In dieser Erklärung beruft sich Wilson darauf, daß sich die Nationen auf „gewisse klar definierte Grundsätze" beim Waffenstillstand verpflichtet hätten. Auf Grund dieser Prinzipien „müßte Fiume als Aus- und Einfuhrhafen für den Handel nicht Italiens, sondern von Ungarn, Böhmen, Rumänien und den Staaten der neuen jugoslawischen Gruppe dienen." Dann setzte er auseinander, welchen großen Gebietszuwachs Italien zur Sicherung seiner Grenzen erwerben würde. „Seine alte Einheit ist wiederhergestellt. Seine Grenzen werden bis zu den großen, keine natürlichen Verteidigungslinien bildenden Gebirgsmauern ausgedehnt. Es hat die freie Wahl, von Freunden umgeben zu sein und den neu befreiten Völkern jenseits der Adria jene edelsten Eigenschaften, Größe, Großzügigkeit, freundschaftliche Großmut und die Hintansetzung selbstsüchtiger Interessen um der Gerechtigkeit willen zu beweisen."

Mussolini hat inzwischen bekanntlich Fiume auf dem Weg direkter Verhandlungen mit Jugoslawien erlangt. Damals aber gingen die Wogen der Erregung gegen Wilson in Italien hoch. Der Ministerpräsident Orlando, von dem Baker, der Geheimsekretär Wilsons, sagt, er sei ein Anhänger der Prinzipien des amerikanischen Präsidenten gewesen, habe aber vor Sonnino, einem starren und engherzigen Imperialisten, eine wahre „Todesangst" gehabt, glaubte durch die „kochende Volksseele" seines Landes einen Druck auf Wilson ausüben zu können.

Um so größer war die Ueberraschung der Italiener, daß sich in ihrer Abwesenheit eine Einheitsfront gegen sie bildete. Die Enthüllung der „B. Z. am Mittag" geht nun dahin, daß **Clemenceau Wilson seine Zustimmung zu dessen schroffer Ablehnung der italienischen Ansprüche verkauft habe gegen die Unterschrift des amerikanischen Präsidenten unter ein Kompromiß in der Frage der Rheinlandbesetzung, das den französischen Forderungen weit entgegenkam.** Die „B. Z. am Mittag" verweist insbesondere noch auf folgende Feststellungen:

1. Orlando hat den Text nicht unterschrieben, und Italien hat keine Besatzungstruppen zur Verfügung gestellt.

2. Lloyd George hat — und insoweit sind seine jüngsten „Enthüllungen" Tatsache — nach seiner Rückkehr aus Paris am 21. April sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß Clemenceau unter Bruch der für die Konferenz festgesetzten Satzungen, durch Wilson den Text der Rheinlandbesatzung hatte unterschreiben lassen, trotzdem er den Widerstand der anderen gefunden hatte.

Man darf annehmen, daß die weitere Erörterung zu einer wirklichen Aufklärung der Zusammenhänge führen wird.

Moskau über den Vertrag mit Mussolini.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

m **Moskau**, 8. Februar.

Die Sowjetregierung gibt über die Vorverhandlungen, die dem endlich erfolgten Abschluß des Vertrages mit Italien vorausgingen, eine Darstellung, wonach während der letzten Verhandlungstage die italienische Regierung von der Sowjetdelegation in Rom nicht vorhergesehene Zugeständnisse hinsichtlich des Handelsvertrages verlangte, welche einer Ueberprüfung bedurften. Nachdem die Italiener eingewilligt hatten, daß diese ursprünglich nicht vorgesehenen Ergänzungen des Handelsvertrages Gegenstand einer späteren Aussprache in Moskau bilden sollten, wurde die Sowjetdelegation ermächtigt, den Vertrag zu unterzeichnen. Unmittelbar darauf erfolgte die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung durch Mussolini, der hier große Bedeutung beigemessen wird. Es bestätigt sich daß der bisherige, Geschäftsträger in Rom gewesene Sekretär Plechanow, Jordansky, zum Gesandten in Rom ausersehen ist.

Homerule für Indien.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 9. Februar.

Nach einer außerordentlich ruhigen Debatte in der gesetzgebenden Versammlung für Indien erklärte der Vertreter des Vizekönigs, daß die indische Regierung bereit sei, auf breitester Grundlage unter Mitwirkung aller politischen Parteien, aber im Rahmen der bisherigen Gesetzgebung, die Verbesserung der indischen Selbstverwaltung zu prüfen. In einem Briefe an den Nationalistenführer Mohammed Ali erklärt **Gandhi**, daß Indien niemals Selbstverwaltung erlangen werde, solange Hindus und Mohammedaner sich gegenseitig bekämpfen.

Fortsetzung der Amerikahilfe.

New York, 8. Februar. (Durch Funkspruch.)

General Allans teilt mit, daß die Sammlung von Geld und Nahrungsmitteln für deutsche Kinder fortgesetzt werde. So sehr man auch den Vorfall anläßlich der Trauer-